



UZH News

23.03.2011

Atom- und Umweltkatastrophe in Japan

Ein komplett anderes Land

Die Umweltkatastrophe und das Desaster im Atomkraftwerk Fukushima könnten ein Wendepunkt in der Geschichte Japans sein. Die wirtschaftliche und politische Vetternwirtschaft steht in der Kritik. Der Japanologe und Sozialwissenschaftler David Chiavacci vermutet, dass Nichtregierungsorganisationen künftig eine viel grössere Rolle in der Politik spielen werden.

David Chiavacci

Japans Premierminister Naoto Kan spricht von der grössten Krise Japans in der Nachkriegszeit. Erdbeben und Tsunami haben zu tausenden von Opfern und einem Notstand im AKW Fukushima geführt. Sicher ist, Japan wird aus den Trümmern auferstehen, doch es wird voraussichtlich ein komplett anderes Land sein.

Im Westen ist Japan der Inbegriff einer erfolgreichen Wirtschaftsnation. Unternehmen können sich auf eine extrem loyale Belegschaft verlassen. Die Beziehungen zwischen Management und Gewerkschaften sind durch Kooperation und Harmonie gekennzeichnet. Und mit der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) war bis 2009 über fünfzig Jahre lang fast ununterbrochen dieselbe Partei an der Macht.



Atomkraftwerk Fukushima nach dem Erdbeben am 16. März 2011: ein Wendepunkt in der Geschichte Japans. (Bild: wikimedia)

Tiefgreifender Gesellschaftskonflikt

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass nicht immer alles so harmonisch war. Im Gegenteil, nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg und der Besetzung des wirtschaftlich am Boden liegenden Landes durch die USA stand Japan vor einem tiefgreifenden Gesellschaftskonflikt.

Was für Lehren sollten aus dem totalitären Regime der Kriegsjahre und den Expansionskriegen mit ihren

Zerstörungen und den Atombomben auf Nagasaki und Hiroshima gezogen werden? Auf welche Ziele hin sollte die japanische Gesellschaft ausgerichtet werden? Und welche internationale Position sollte das Land angesichts des Kalten Krieges – der in Ostasien im Gegensatz zu Europa zu verlustreichen Konflikten führte – zwischen kapitalistischem USA-Block und kommunistischem Sowjet-Block einnehmen?

Progressive und linke Kreise forderten eine Demokratisierung und Pazifizierung. Japan sollte auf die Wiederbewaffnung verzichten und – wie die Schweiz – eine politisch neutrale Position einnehmen. Anders die Konservativen: Eine erste Gruppe wollte möglichst schnell wieder ein weltpolitisch einflussreiches und militärisch starkes Japan aufbauen. Eine zweite Gruppe um den Spitzenpolitiker Shigeru Yoshida (Premierminister 1946–1947 und 1948–1954) stellte die Wirtschaftsentwicklung über alles. Die Abhängigkeit von den USA als neuem starkem Partner und Schutzmacht sollte in Kauf genommen werden.

Diese als Yoshida-Doktrin bezeichnete Position war eine grundlegende Abkehr von der bisherigen nationalen Politik bis 1945, in der nationale Unabhängigkeit und eine internationale Machtposition die zentralen Ziele gewesen waren.

Ringens um Neuausrichtung

Auch die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und den neu entstandenen, starken Gewerkschaften waren durch Konflikte gekennzeichnet. Dabei ging es nicht nur um Lohn- oder Arbeitszeitfragen, sondern um die grundlegende Ausrichtung von privaten Unternehmen. Die Gewerkschaften kämpften gegen die Vormachtstellung des Managements. Die Belegschaft sollte in allen wichtigen Fragen an der Unternehmungsführung beteiligt werden, mit dem Hauptziel Beschäftigungssicherheit.

Management und Arbeitgeber hingegen sprachen von einer «bösen Gleichmacherei» (*akubyôdô*). Sie wollten die Firmen auf Steigerung der Produktivität und Profitabilität ausrichten. Entsprechend zahlreich waren in den ersten Nachkriegsjahren verbissen geführte Streiks, wilde Betriebsbesetzungen und Massendemonstrationen, welche das Ringens um die grundlegende Neuausrichtung Japans nach 1945 dokumentieren.

Schulterchluss zwischen Sozialpartnern

Erst ab den 1960er Jahren begann sich ein neuer Sozialvertrag als Lösung dieser Konflikte abzuzeichnen. Hayato Ikeda (Premierminister 1960–1964) rückte anstatt der Wiederbewaffnung die Wirtschaftspolitik ins Zentrum der Agenda der LDP. Das Ziel: die Verdoppelung des Volkseinkommens.

Damit fand eine Abkehr von der bisherigen Fokussierung der LDP auf die Sicherheitspolitik statt. Die gesamte Bevölkerung sollte nunmehr vom Wirtschaftswachstum über Kaufkraftzunahme und Massenkonsum mitprofitieren. Dabei bildete sich das japanische Beschäftigungsmodell als Kompromiss heraus. Von Arbeitnehmerseite wurde die alleinige Entscheidungshoheit des Managements in der Unternehmungsführung und die Ausrichtung der Unternehmen auf Profitstreben und Produktivität anerkannt. Im Gegenzug garantierten Arbeitgeber den Arbeitnehmern langfristige Beschäftigung und interne Karriereaussichten und anerkannten die Gewerkschaften als Sozialpartner.

Die gesellschaftlichen Konflikte wurden weniger. Die LDP etablierte sich als Garant für Wachstum durch die enge Kooperation zwischen Staat und Privatwirtschaft. Wobei der Staat strategisch und langfristig planend in die Wirtschaftsentwicklung eingriff.

Konflikte zwischen den Geschlechtern

Auf individueller Ebene strebten japanische Männer zunehmend den idealen Lebenslauf eines Angestellten in einem Grossunternehmen an: Unmittelbar nach Schulabschluss Eintritt in eine Firma und intern die Karrierenleiter hinauf. Verbunden war dieser Modelllebenslauf des *sarariman* (Gehaltsempfängers) mit einer strikten Trennung der Genderrollen. Der Mann als Haupternährer der Familie konzentriert sich primär auf seine Arbeit, und die Frau ist Mutter und Managerin des Haushaltes.

Japan mauserte sich ab den 1970er Jahren vom billigen Massenproduzenten zum Herkunftsland von internationaler Spitzentechnologie und begann hohe Handelsüberschüsse zu erwirtschaften. In diesen Jahren verstärkte und verdichtete sich das japanische Gesellschaftsmodell sogar nochmals. Einzig bei den Genderrollen traten erste Risse

auf, indem eine vorerst kleine, jedoch wachsende Minderheit gut qualifizierter Frauen zunehmend einen Lebenslauf jenseits der gesellschaftlich vorgegebenen Rolle einforderte.

Insgesamt erschien Japan jedoch als eine unaufhaltsame Wirtschaftsnation, die einem westlichen Land nach dem andern den Rang ablief. Ende der 1980er Jahren wurde sogar über eine Ablösung der USA als führende Wirtschaftsmacht durch Japan spekuliert. Japan wurde im Westen als Vorbild zwar bewundert, galt gleichzeitig aber auch als übermächtiger Konkurrent für die heimischen Industrien.

Vertrauensverlust in die Eliten

Diese Entwicklung fand in den 1990er Jahren ein jähes Ende. Ende der 1980er Jahre entwickelten sich in den heimischen Immobilien- und Aktienmärkten Blasen. Nach deren Platzen kam es ab 1992 bis 2003 zu einer wirtschaftlichen Stagnation. Der ehemalige Musterschüler war zum Problemfall geworden.

Diese Krise hinterliess tiefe Spuren. Zwar nahm die Arbeitslosigkeit nur gering zu, aber gerade junge Arbeitnehmer mussten vermehrt mit atypischen Beschäftigungen als Teilzeit- und temporäre Arbeitskräfte vorlieb nehmen. Die soziale Aufwärtsmobilität kam zu einem plötzlichen Ende.

Auch das durchschnittliche Haushaltseinkommen sank signifikant, nachdem es zuvor über Jahrzehnte gestiegen war. Dieser grundlegende Wandel führte ab den späten 1990er Jahren zu Diskussionen über neue Formen von sozialer Ungleichheit mit entsprechendem Vertrauensverlust in die wirtschaftlichen und politischen Eliten.

Die engen Netzwerke zwischen Wirtschaft und Staat wurden nicht mehr als Garant für wirtschaftlichen Erfolg, sondern als eine Form von Vetternwirtschaft betrachtet.

Zunehmende soziale Ungleichheit

In diesem Kontext bebte 1995 in Kôbe die Erde. Das Staatsversagen wurde am Beispiel der völlig unzureichenden Katastrophenhilfe sichtbar. Bald wurden Stimmen laut nach einer Stärkung der Zivilgesellschaft. Diverse Nichtregierungsorganisationen (NGO) hatten sich in Kôbe als weit effektiver erwiesen als staatliche Instanzen.

Die politischen Diskussionen mündeten 1998 in eine Reform, durch welche die Vorschriften für die Anerkennung von NGO gelockert wurden. Innert einer Dekade liessen sich fast 38'000 zivilgesellschaftliche Organisationen neu registrieren.

Trotzdem blieben sie politisch weitgehend ohne Einfluss. Dies zeigte sich in den letzten Jahren beispielhaft in der Atomenergiepolitik. Zwar regte sich angesichts einer Reihe von Skandalen und Vertuschungen lokal immer wieder starker Widerstand gegen Ausbau- oder Neubaupläne von Atomkraftwerken. Es gelang den zivilgesellschaftlichen Akteuren jedoch nicht, die Atomenergie auf nationaler Ebene zu einem wichtigen Politthema zu machen.

Die Diskussionen über die zunehmende soziale Ungleichheit brauchen nicht ab, und die Risse im bisherigen Gesellschaftsmodell vertieften sich. Der durch die weltweite Finanzkrise verursachte Einbruch in den Exporten und die damit verbundene Wirtschaftskrise ab 2009 verstärkten den Eindruck, dass Japan nicht mehr auf die alte Erfolgsschiene zurückfinden konnte.

Stärkung der Zivilgesellschaft

Die aktuelle Umweltkatastrophe und das damit verbundene Desaster im Atomkraftwerk Fukushima könnten einen neuen Wendepunkt in der Geschichte Japan darstellen: Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird in den nächsten Monate die enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft im Bereich der Atomenergie und anderen Bereichen in die Kritik geraten mit der Forderung von der bisherigen Praxis abzuweichen. Eine logische Folge könnte dabei die weitere rechtliche Stärkung der Zivilgesellschaft und ihre Berücksichtigung in zentralstaatlichen Politikentscheidungen sein.





Naoto Kan, japanischer Premierminister am Weltwirtschaftsforum in Davos 2011:
Prädestiniert, die japanische Zivilgesellschaft voranzutreiben. (Bild: Remy Steinegger)

Dieses Szenario erscheint umso plausibeler, als der gegenwärtige Premierminister Naoto Kan von der seit 2009 regierenden Demokratischen Partei Japan (DPJ) nicht wie die meisten anderen Spitzenpolitiker ein Erbprinzipal ist, der seinen Wahlkreis – und vor allem das darin etablierte Unterstützungskomitee – vom Vater übernommen hat.

Kan war Aktivist in der Zivilgesellschaft und hat sich in der Politik hochgearbeitet. Während er vor der Katastrophe nur noch ein Premierminister auf Abruf erschien, könnte er nun gestärkt aus der Katastrophe hervorgehen. Wie kein anderer japanischer Spitzenpolitiker ist Kan prädestiniert, die japanische Zivilgesellschaft voranzutreiben.

Erdbeben, Tsunami und Atomkatastrophe sind zwar singuläre Ereignisse. Angesichts der Zeitumstände könnten sie jedoch *den* entscheidenden Anstoss für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel geben. Es kann gut sein, dass aus den Trümmern von Nordostjapan ein neues Japan auferstehen wird.

David Chiavacci ist Professor für Sozialwissenschaftliche Japanologie.

Links

David Chiavacci, Universität Zürich

[top](#)

© Universität Zürich | 23.03.2011

